

2.3. Gegnerische Aktivitäten zur Aufwiegelung von
DDR-Bürgern zum Verlassen ihres Landes

Das Bundesministerium für "innerdeutsche Beziehungen" (BMB) führte im Berichtszeitraum seine auf die permanente Erneuerung eines übersiedlungswilligen Personenpotentials in der DDR gerichteten Einmischungspraktiken fort und war bestrebt, massenhafte Konflikte zwischen dem sozialistischen Staat und seinen Bürgern zu schüren und so die erfolgreiche Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsstrategie zu stören.

In unzulässiger Ausweitung getroffener Vereinbarungen im Rahmen des KSZE-Prozesses über Familienzusammenführungen und zur Lösung humanitärer Fälle täuschte das "BMB" weiterreichende Übersiedlungsmöglichkeiten vor und maßte sich angebliche Zuständigkeiten für derartige Fälle an. Durch ein derartiges, öffentlich publiziertes Herangehen inspirierte es übersiedlungsersuchende DDR-Bürger und deren Kontaktpartner in der BRD oder Westberlin zur Einbeziehung des "BMB" in die beabsichtigte Durchsetzung der Übersiedlung und schuf damit Voraussetzungen, eine große Anzahl ausreisewilliger DDR-Bürger namentlich in Erfahrung zu bringen, über Verwandte und andere Mittelspersonen aus der BRD und Westberlin langfristig auf Kontakt zu nehmen, sie in einen zunehmenden Widerspruch zu staatlichen Rückgewinnungsmaßnahmen und anderen Entscheidungen zu bringen und sie als ständige Nachrichtenquelle für das "BMB" zu nutzen.

Die Informationsinteressen des "BMB" bezogen sich dabei neben den Personalien der DDR-Bürger und deren berufliche Qualifikation auch auf die bereits unternommenen Übersiedlungsaktivitäten sowie die Reaktionen staatlicher Organe oder betrieblicher Funktionäre darauf, und auf außerdem von Übersiedlungsersuchender angeblich erlittene Schikanen oder Einschränkungen der persönlichen Rechte und Freiheiten.